

VVN nicht mehr gemeinnützig

Der Kandidat für den SPD-Vorsitz, Norbert Walter-Borjans, fordert eine Rechtsreform für politisch aktive Vereine

Von Malene Gürgen

Norbert Walter-Borjans, Kandidat für den Bundesvorsitz der SPD, fordert angesichts des Entzugs der Gemeinnützigkeit für die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN-BdA) eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts. „So, wie das Recht jetzt ist, sind die Lobbys der Vermögenden gemeinnützig oder können trotz bester Finanzausstattung andere Steuervorteile geltend machen“, sagte Walter-Borjans am Sonntag der taz. „Bei Vereinen wie dem der Verfolgten des Naziregimes bietet das geltende Recht immer wieder Einfallstore für die

die missliebige Organisationen finanziell austrocknen wollen.“

Am Freitag war bekannt geworden, dass die Berliner Finanzverwaltung der antifaschistischen Organisation die Gemeinnützigkeit aberkannt hat. Begründet wird diese Entscheidung damit, dass die VVN-BdA im bayerischen Verfassungsschutzbericht als links-extreme Organisation aufgeführt wird. Das ist allerdings nichts Neues. Das Berliner Finanzamt hat damit anders entschieden als das Finanzamt Oberhausen-Süd in Nordrhein-Westfalen, das in der Einstufung des bayerischen Verfassungsschutzes keinen Grund für

den Entzug der Gemeinnützigkeit sah, sondern im Anhörungsverfahren der Widerrede der VVN folgte.

Weitere Politiker:innen kritisieren die Entscheidung ebenfalls. Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, bezeichnete sie als „Bärendienst an der Demokratie“ und rief dazu auf, der von Überlebenden des Holocaust gegründeten Organisation beizutreten. Kritik kam auch von den Berliner Landesverbänden der Grünen und Linken, der Jüdischen Gemeinde Berlin, dem Internationalen Auschwitz Komitee und anderen Organisationen. Finanzminister Olaf Scholz, der ebenfalls für den SPD-Vorsitz

kandidiert, hatte strengere Gesetzesvorschriften für politisch aktive Vereine angekündigt: Diese sollen Steuervorteile verlieren, wenn sie sich in die politische Willensbildung einmischen. Den Organisationen Campact und Attac wurde in diesem Jahr ebenfalls bereits die Gemeinnützigkeit aberkannt. Walter-Borjans sagte am Sonntag, aus seiner Sicht handele es sich bei diesen Organisationen wie auch bei der VVN um „gemeinnützige Glieder in einem verantwortungsbewussten, fortschrittlichen und demokratischen Gemeinwesen“.

meinung + diskussion 12

Seite 12 Kommentar

Susanne Knaul über die Aberkennung der Gemeinnützigkeit des VVN

Weder Herz noch Hirn

Die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano hat 75 Jahre nach dem Holocaust in Deutschland wieder Angst. Die 95-Jährige, deren Eltern von den Nazis ermordet wurden, bekommt nicht zuletzt, wenn sie rechtsradikalen Politikern zuhört, das Gefühl, dass sich heute „alles wiederholt“. Bejarano tut, was sie kann, um Deutschland vor dem Rechtsextremismus zu bewahren. Sie war Mitgründerin des Internationalen Auschwitz-Komitees und ist heute Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA). Die Entscheidung des Berliner Finanzamtes, dem VVN Verein die Gemeinnützigkeit zu entziehen, muss für sie und ihre MitstreiterInnen wie ein Schlag ins Gesicht sein.

Noch weilen Überlebende des Holocaust unter uns. Wie kaltherzig muss jemand sein, um den wichtigsten Repräsentanten der einst Verfolgten finanziell in die Knie zu zwingen. Die drohende Steuernachzahlung könnte für den Verein, dessen Mitgliederzah-

len seit Jahren sinken, das vorzeitige Aus bedeuten.

Der Verein sei vom Verfassungsschutz als linksextrem geführt worden, heißt es. Die Nähe der Antifaschisten zu linken Parteien mag in der Vergangenheit problematisch gewesen sein. Heute entbehrt sie jeglicher Relevanz.

Kaum sechs Wochen nach dem antisemitischen Terroranschlag in Halle kann es nicht mehr reichen, mehr Sicherheitspersonal vor jüdischen Einrichtungen zu postieren. Wenn deutsche Juden Angst haben, mit einer Kippa auf dem Kopf auf die Straße zu gehen, dann ist etwas schiefgelaufen in diesem Land. Erziehung und Aufklärung sind der einzige Weg, um „eine Welt ohne Rassismus, Antisemitismus und Nazismus zu schaffen“, wie es sich der VVN-BdA auf die Fahne schreibt. Diesen Verein als extremistisch einzustufen und ihm die Gemeinnützigkeit abzuerkennen ist so hirnlos wie fatal. Es markiert den Feind der Demokratie falsch. Die Gefahr droht aus dem gegenüber liegenden Lager.

inland 6

Finanzamt gegen Antifaschismus

Die Entscheidung der Finanzverwaltung, der antifaschistischen VVN-BdA die Gemeinnützigkeit zu entziehen, erntet harsche Kritik



Solidarität mit der VVN-BdA beim Landesparteitag der Linken am Sonnabend Foto: Christian Ditsch/imag



Uwe Rada ist Redakteur für Stadtentwicklung.

en gegen-
PRtrifft-
anlei
in Sie das

ournalist
chte e.V.,
nikatoren

entbrite.de

eration

tritt frei

Von Malene Gürten

In der Berliner Regierungskoalition bahnt sich erneut Krach an, und wieder ist es die SPD, die in Erklärungsnot gerät. Die am Freitag bekannt gewordene Entscheidung der Berliner Finanzverwaltung, einer der wichtigsten antifaschistischen Organisationen die Gemeinnützigkeit zu entziehen, hat harsche Kritik seitens der Linken und Grünen hervorgerufen. Die Berliner SPD hingegen hält sich mit offiziellen Reaktionen zurück. Oberste Fachaufsicht über die Finanzverwaltung hat der SPD-Senator Matthias Kollatz.

Weil die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) im bayerischen Verfassungsschutzbericht als linksextreme Organisation geführt wird, hat das Berliner Finanzamt Anfang November entschieden, ihr die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Die Entscheidung war am Freitag durch die VVN bekannt gemacht worden. Im Berliner Verfassungsschutz wird die VVN-BdA nicht aufgeführt.

Auf dem Landesparteitag der Linken wurde am Samstag eine Solidaritätserklärung ver-

abschiedet. Fraktionschef Udo Wolf sagte, er sei sicher, dass niemand in der rot-rot-grünen Koalition die Entscheidung richtig finde. „Wir werden versuchen, diese Entscheidung zu korrigieren“, kündigte er an. Ebenfalls auf dem Landesparteitag kritisierte Sigmound Königsberg, Beauftragter der Jüdischen Gemeinde gegen Antisemitismus, die Entscheidung: „Was ist das für ein Signal?“, fragte er. „Enga-

Die VVN wurde von Holocaust-Überlebenden gegründet

gement gegen Nazis wird sanktioniert, das kann nicht angehen.“

Der Landesvorsitzende der Berliner Grünen, Werner Graf, nannte die Entscheidung des Finanzamts „absurd“. Es sei eine „höchst besorgniserregende Entwicklung“, dass Vereinen in Deutschland vermehrt die Gemeinnützigkeit entzogen wurde, sagte er mit Blick auch auf die Organisationen Attac und Campact, denen in diesem Jahr ebenfalls die Gemeinnützigkeit entzogen wurde.

Aus Koalitionskreisen hieß es am Sonntag, es werde bereits an einer Lösung gearbeitet. Unklar ist, wie groß der politische Spielraum der Senatsverwaltung für Finanzen ist. Diese wollte sich auf Anfrage nicht zu dem Fall äußern.

Allerdings: Das Finanzamt Oberhausen-Süd in Nordrhein-Westfalen hat in der gleichen Frage kürzlich anders entschieden als die Berliner Behörde: Das nordrhein-westfälische Amt war im Anhörungsverfahren der Argumentation der VVN-BdA gefolgt und hatte die Gemeinnützigkeit trotz der Einstufung des bayerischen Verfassungsschutzes zuerkannt.

Die VVN-BdA, die nach dem Zweiten Weltkrieg von Holocaust-Überlebenden gegründet wurde, sieht ihre Existenz durch die Entscheidung gefährdet, da sie erhebliche steuerliche Nachteile mit sich bringt. Noch in diesem Jahr seien Steuernachforderungen in fünfstelliger Höhe zu erwarten. „Wir sind entsetzt und empört darüber, dass sich das Berliner Finanzamt die haltlosen Unterstellungen der bayerischen Behörde ungeprüft zu eigen macht“, schrieb die Organisation in einer ersten Stellungnahme.